Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 7

Artikel: Die Bauern und die Deflation
Autor: Steinemann, Eugen
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332105

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

setzende Einengung der geltenden liberalen Wirtschaftsordnung durch monopolistische Bildungen« fordert, und weiter verlangt, »daß dem abhängigen Arbeitnehmer in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, dem Konsumenten in der Festsetzung der Preise, eine objektive Normung gewährleistet werden, die eine einseitige Begünstigung der wirtschaftlich Stärkern ausschließt«, so ist damit in den Grundgedanken der liberalen Wirtschaft bereits eine Bresche geschlagen worden. Noch deutlicher kommt dieses Abweichen von der kapitalistischen Wirtschaftslehre durch die Angestellten in ihrer Eingabe an Bundesrat Schultheß, in der sie konsequent gegen den verlangten allgemeinen Lohn- und Preisabbau Stellung nehmen, zum Ausdruck. Hier wird nicht mehr und nicht weniger als »so etwas wie ein Stück Planwirtschaft« gefordert. Die Eingabe stellt weiter fest, »daß das freie Spiel der Kräfte die Imponderabilien, welche heute die Weltwirtschaft belasten, nicht zu meistern vermag«. Dem Abbauprogramm Schultheß wird die dirigierte Wirtschaft gegenübergestellt und positiv die Errichtung einer nationalen Exportorganisation zur Förderung des Exportes sowie die Schaffung einer nationalen Exportbank »mit quasi Monopolcharakter für Auslandsanlagen von Schweizer Kapital« in Vorschlag gebracht. Des weitern wird zur Linderung der Arbeitslosigkeit großzügige Arbeitsbeschaffung und die Verkürzung der Arbeitszeit verlangt, alles Forderungen, wie sie auch von der organisierten Arbeiterschaft schon seit langem erhoben werden. Und wenn in der Eingabe als Maßnahme zur Erschließung der notwendigen finanziellen Mittel die Erhebung einer allgemeinen Umsatzsteuer sowie Krisenabgaben aus Erbschaften vorgeschlagen werden, stellen sie sich mit ihren Forderungen auf dieselbe Plattform.

Mit diesen Forderungen betritt die VSA., wie uns scheinen will, eine neue wirtschaftspolitische Aera. Im Kampf um die Verteidigung der Existenzgrundlagen ihrer Mitglieder kommt sie zwangsläufig in einen immer schärferen Konflikt mit den Grundgesetzen der von ihr hochgehaltenen liberalen Wirtschaft. Ihre politische Orientierung erscheint deshalb paradoxer denn je, sind doch die Verfechter der rücksichtslosesten Abbaupolitik mit den Vertretern der Angestellten in ein und derselben Partei. Dieser Widerspruch muß die Kampfkraft der Angestelltenverbände notwendigerweise beeinträchtigen. Eine letzte, grundsätzliche Auseinandersetzung wird ihr deshalb in Zukunft nicht erspart bleiben.

Die Bauern und die Deflation

Von Dr. Eugen Steinemann.

Als ich Ende des letzten Jahres auf einem Plakat las »Protestversammlung gegen den Kurs Schultheß«, und darunter den Namen eines bekannten Bauernführers fand, wurde mir wieder einmal blitzartig klar, in welchem Maße die Meinungen heute in Bewegung sind,

wie sehr die Krise alle Tradition und alle alten Geleise überrannt und die gewohnten Gruppierungen durcheinandergebracht hat. Konnte man sich ein herzlicheres Verhältnis vorstellen als jenes, das bisher zwischen Bauernführern und Volkswirtschaftsdepartement bestand? Viele Jahre lang waren wir gewohnt, zu beobachten, wie jeder Windhauch von Brugg in Bern aufgefangen wurde und das Staatsschiff prompt in seiner Richtung davontrieb. Das ganze Volkswirtschaftsdepartement schien recht eigentlich für die Bauern da zu sein. Das alles, trotzdem sein Vorsteher, Bundesrat Schultheß, kein Bauernvertreter, sondern ein freisinniger Politiker war.

Nun soll diese wunderbare Symbiose plötzlich auseinandergesprengt sein! Fast von einem Tag auf den andern ist aus dem guten Papa Schultheß ein gefährlicher Gegner geworden, gegen den man sich öffentlich zur Wehre setzen muß. Wie die Aarauer Rede selbst zwar eine logische Fortsetzung des bisherigen kapitalistischen Kurses war und doch wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkte, so war auch dies Abrücken der Bauernvertreter vom langjährigen Hüter ihrer Interessen, von außen betrachtet, eine kleine Sensation. Tatsächlich müssen bedeutsame Entwicklungen und schwerwiegende Umlagerungen in der schweizerischen Wirtschaftspolitik vorgegangen sein, bis es so weit kommen konnte. Die ökonomischen und sozialen Hintergründe dieser neuen Konstellation der schweizerischen Bauernpolitik möchten wir kurz zu skizzieren versuchen.

An der Entwicklung der schweizerischen Bauernpolitik ist das erste Stadium ebenso interessant wie das eben begonnene zweite. Wie ist es zu erklären, daß ein Vertreter des liberalen Wirtschaftsideals jahrzehntelang zugunsten der Bauern eine protektionistische und interventionistische Politik treiben konnte? Daß dies nicht aus innerm Antrieb und aus Ueberzeugung von der Richtigkeit des Prinzips staatlicher Eingriffe geschah, ist klar. Der Zweck, der mit dieser widerspruchsvollen Politik verfolgt wurde, ist so gut bekannt, daß er keiner weiteren Erörterungen bedarf: es galt für die Großbourgeoisie, die Bauern bei der Stange zu halten, sie jederzeit zur Niederschlagung sozialistischer Vorstöße zur Verfügung zu haben.

Da die Agrarfrage mit liberalen Mitteln nicht zu lösen ist, muß sich der Freisinn, solange er auf die Sympathien der Bauern nicht verzichten will, von den Bauernvertretern ins Schlepptau nehmen lassen. Die Politik der Bauernvertreter bestand aber im wesentlichen darin, überall dort der Landwirtschaft mit staatlichen Mitteln zu Hilfe zu eilen, wo durch die freie Wirtschaft ein Loch entstanden war. Wir wollen dies gar nicht in einem überheblichen Tone sagen; der Löcher waren so viele und so große, daß es eine wahrhaft aufreibende Arbeit war, immer wieder nachzustopfen, und daß wohl über dieser großen Arbeit das Nachdenken über vernünftigere Mittel zu kurz kommen konnte. Die Tatsache, daß die schweizerische Bauernpolitik zur Hauptsache aus der Schaffung von staatlichen Krücken bestand, darf aber nicht verschwiegen werden.

War man in dieser Beziehung gegenüber Staatseingriffen skrupellos,

so unterlag man doch auf der andern Seite den liberalen Vorurteilen über die Unantastbarkeit des Privateigentums, was die Unfähigkeit, wirksame Maßnahmen gegen Bodenpreissteigerung und Ueberschuldung zu treffen, bedeutete. So ging denn ein großer Teil jener staatlichen Hilfe auf dem Wege über die Bodenpreissteigerung verloren. Man machte sich nicht allzu viele Sorgen darüber, sondern stopfte eben weiter.

Die Großbourgeoisie schaute diesen Dingen mit einer sauersüßen Miene zu, wagte aber keinen oder nur vereinzelten schwachen Protest zu erheben, aus den angeführten bekannten Gründen. Solange sich die Industrie im Aufstieg befand, *konnte* die Bourgeoisie zuschauen, weil die Kosten der Agrarpolitik immer noch gering waren im Vergleich zu den Gewinnen der Industrie. Zudem brachten ja zum größten Teil die Arbeiter als Steuerzahler und die Konsumenten die nötigen Mittel auf, was auf die Gewinne der Industrie wenig Einfluß hatte.

Dies wurde auf einmal alles anders, als im Ausland Deflation und Währungsentwertungen die Absatzmöglichkeiten unserer Exportindustrie bedrohten und ein paar Jahre Krise die staatlichen Mittel erheblich reduziert hatten. Jetzt heißt es entweder — oder. Die Alternative steht allerdings nicht so, wie die Herren Großindustriellen uns weismachen wollen: entweder Abbau der Löhne, Preise und Subventionen auf der ganzen Linie oder Ruin der Exportindustrie. Die wirkliche Alternative lautet: entweder sture, hoffnungslose Deflationspolitik oder vernünftig dirigierte Wirtschaft — und das bedeutet: entweder Abbau am Hungereinkommen der ärmsten Bevölkerungsschichten, der Schuldenbauern, Mittelständler, Arbeiter und Arbeitslosen oder aber Abbau an den Privilegien der Großbourgeoisie!

Wir brauchen den Bauern hier nicht vorzurechnen, was sie von der Deflationspolitik zu erwarten haben; sie haben dies selber längst gemerkt und haben sich ihren Interessen entsprechend eingestellt. Die Interessen sind nicht einheitlich; die Klassenscheidung, die innerhalb der Bauernschaft besteht, kommt hier einmal deutlich zum Ausdruck. Eine kleine Schicht von Herrenbauern ist durch Besitz und Beziehungen so sehr mit den Interessen der Großbourgeoisie verknüpft, daß sie mit ihr gemeinsam ins Horn der Deflation stößt. Die überwältigende Mehrheit der Bauern lehnt jedoch entschieden die Deflationspolitik ab. Das konnte man gerade in den letzten Wochen erneut feststellen, als die rührigen Jungbauern und der unerschrockene Bauernsekretär Professor Laur mit ihrer Stellungnahme gegen das Programm Schultheß im ganzen Land herum große Erfolge erzielten.

Das Nein der Bauern auf die eine Seite der Alternative — die Deflation — ist bestimmt und klar, das Ja zur andern Seite — zur Planwirtschaft — ist nur sehr bedingt und eingeschränkt. Das ist nicht verwunderlich, denn es gibt ja auch bei uns Leute, die noch an eine dritte Möglichkeit für die Wirtschaftspolitik glauben, nämlich man könne wie bisher mit Stützen und etwas Nachhelfen die Wirtschaft über Wasser halten, bis dann eine glückhafte Konjunktur uns wieder auf ihren Wellen mitnehmen werde. Wer so urteilt, hat aber unseres

Erachtens zuwenig beachtet, welch entscheidende und nicht mehr rückgängig zu machende Wandlungen in der Weltwirtschaft vor sich gegangen sind. Ohne gewaltige Umstellungen wird sich die schweizerische Exportwirtschaft nie wieder erholen, und dazu ist die Privatwirtschaft aus eigener Kraft niemals imstande; sie muß mit volkswirtschaftlichen Mitteln unterstützt, planwirtschaftlich gelenkt werden.

Das Nein gegenüber der Deflationspolitik erfordert weiter ein klares und ausführliches Ja zu einem Finanzprogramm. Es ist ganz klar, daß mit den bisherigen Finanzen ein wirksames Programm zur Ueberwindung der Krise nicht durchführbar ist. Es kann sich auch nicht darum handeln, dem Kapital und dem Unternehmertum alle Lasten aufzuerlegen. Das ist ökonomisch nicht erreichbar. Es gibt Schichten der arbeitenden Bevölkerung, die zu einem Opfer durchaus noch fähig und bereit sind. Wozu wir aber nie und nimmer bereit sind, das ist ein Opfer zu leisten für eine zum vornherein verlorene Sache — und das ist die Deflationspolitik. Wenn Opfer geleistet werden müssen, dann darf damit nicht etwas zusammengewurstelt werden, sondern die bitter ersparten Mittel müssen wirksam eingesetzt werden. Und das ist nicht möglich ohne einen vernünftigen Wirtschaftsplan — ohne eine Planwirtschaft.

Die Rede Schultheß' ist also kein zufälliger Ausbruch, sondern ein durch den Stand der kapitalistischen Entwicklung in der Schweiz begründeter und erzwungener Vorstoß, dem soweit muß recht gegeben werden, als er feststellt: so wie bisher geht es nicht weiter. Wirklich, ein solcher Mischmasch von liberalen Tendenzen und protektionistischer Praxis, mit dem uns das Volkswirtschaftsdepartement bisher beglückte, erträgt die schweizerische Volkswirtschaft nicht mehr. Es ist höchste Zeit zu einer grundlegenden Neuorientierung. Wer aber nicht vom Regen der »liberalen« Flickpolitik in die Traufe der Deflationsmache geraten will, der muß sagen: Schluß mit der ganzen großkapitalistisch inspirierten Wirtschaftspolitik des Bundesrates und an ihre Stelle planmäßige Wirtschaftsgestaltung im Interesse des werktätigen Volkes.

Die Kriseninitiative ist ein erster Vorstoß in der angedeuteten Richtung, und die zahlreiche und begeisterte Mitarbeit der Bauern beweist deren Bereitschaft, von der bloßen Verteidigung ihrer Standesinteressen überzugehen zur Mitarbeit an gesamtwirtschaftlicher Planung. Uns kann der deflationistische Gegenstoß der großkapitalistischen Kreise nur recht sein, denn er wird die Bauern nur um so eher und kräftiger auf den einzig gangbaren Weg des werktätigen Volkes, die Planwirtschaft, stoßen, weil er ihnen eindrücklich vor Augen hält, daß wir wirklich vor einer Entscheidung stehen, die kein Ausweichen zuläßt. Wenn vielfach in Bauernkreisen die Nöte der Exportindustrie noch leicht genommen werden, so dürfte gerade die Deflationspropaganda darüber aufklären, daß der Export wirklich eine Existenzfrage für die Schweiz darstellt. Es *muß* etwas getan werden. Daß es nicht im Sinne der Deflation geschieht, haben die Bauern schon entschieden. Daß es im Sinne einer vernünftigen Wirtschaftsplanung geschieht, kann

die Arbeiterschaft im Verein mit den Bauern erreichen, wenn sie in nächster Zeit eine kluge, weitherzige und doch grundsatztreue Politik verfolgen wird.

Kleingewerbe und Abbaupolitik

Von Dr. H. Gmür.

Eine Senkung der Preise kann unsern Export bei den heutigen Zuständen im Welthandel nur sehr wenig und dabei höchstens vorübergehend fördern. Mit Schutzzöllen, Devisen- und Einfuhrsperren hält heute das Ausland jede unerwünschte Einfuhr von seinen Grenzen fern, mit einer Mauer also, gegen die mit Preismanövern allein nichts auszurichten ist, und die zudem sofort erhöht und erweitert werden kann, wenn sie sich irgendwo als durchlässig erweist. Und gelingt es dennoch einmal, den Absatz schweizerischer Produkte unter Verdrängung der bisherigen, vielleicht einem dritten Lande angehörenden Lieferanten zu heben, so wird die vor allem in faschistischen Ländern durch keinerlei politische Rücksichten gehemmte Konkurrenz ihrerseits einen neuen Lohnraub erzwingen und damit das verlorene Uebergewicht zurückzuerlangen wissen. Es geht denn auch selbst aus Aeußerungen prominenter Abbaupolitiker hervor, daß das wahre Ziel unserer Deflationisten weit weniger in der Förderung der Ausfuhr als vielmehr in der *Wiederherstellung* der teilweise gewiß übel zusammengeschmolzenen *Profite* auf Kosten der Arbeit zu suchen ist. Die Abbaupolitik, unter allen Umständen sinnlos und gefährlich, muß damit erst recht zur Katastrophe führen. Denn die Beträge, um die man das Einkommen der Arbeiter und Angestellten zugunsten der Kapitalisten verkürzt, werden von diesen in der Hauptsache nicht etwa zum Kaufe von Konsumgütern (natürlich auch nicht von Produktivgütern, für die es heute überhaupt keine Verwendung gibt) gebraucht werden: sie werden dem Vermöglichen erlauben, seine Reserven zu schonen, von denen er gegenwärtig zehrt, oder neue Werte zu thesaurieren, in den Geldschrank zu stecken. Das Verhältnis zwischen Güterangebot und Güternachfrage muß damit eine neue Verschiebung zuungunsten der Nachfrage erleiden, und jener spiralenförmige Prozeß, der über Produktionseinschränkung und Arbeitslosigkeit zu neuem Kaufkraftschwund und damit wiederum zu einem Rückgang der Erzeugung und so weiter führt, wird unweigerlich zur Auslösung gelangen, immer neue werktätige Schichten der Verarmung preisgeben und schließlich sogar die Profite — die ganze Hoffnungslosigkeit der Lage der besitzenden Klasse wird hier deutlich — einen neuen Zusammenbruch erfahren lassen.

Die freierwerbenden Handwerker und Kleinhändler hätten unter einer derartigen Entwicklung ganz besonders zu leiden. Hält man sich vor Augen, was das Kapital mit der ganzen Aktion bezweckt, so erscheint es zunächst mehr als fraglich, ob der den Gewerbetreibenden neuerdings auferlegte Preisabbau (an sich sind die Preise für gewerbliche Leistungen bereits erheblich gesunken!) durch die gleichzeitige